FRANKLIN REYES / AP

LINKE

Hymne auf Castro

Die Vorsitzenden der Partei Die Linke, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, haben dem Kubaner Fidel Castro überschwänglich zum 85. Geburtstag gratuliert. In einem Brief vom 13. August loben sie den „lieben Genossen“ für ein „kampferfülltes Leben“ und „erfolgreiches Wirken“. Die beiden Vorsitzenden versichern „unverbrüchliche Freundschaft und Solidarität“ ihrer Partei und loben die Vorbildwirkung des sozialistischen Inselstaats: „Kuba war und ist auf diese Weise Beispiel und Orientierungspunkt für viele Völker der Welt.“ Über Verletzungen der Menschenrechte und die Unterdrückung von Opposition verlieren die Linken-Chefs kein Wort. Die kritikfreie Hymne auf Castro von Ernst und Lötzsch dürfte die innerparteiliche Diskussion über das Verhältnis der Linken zur Vergangenheit befeuern. Auf einer Klausursitzung der Bundestagsfraktion diese Woche in Rostock soll unter anderem das jüngste Verhalten mehrerer Genossen am 50. Jahrestag des Mauerbaus diskutiert werden. Auf dem Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern hatten sich einige Delegierte geweigert, zum Gedenken an die Mauertoten aufzustehen.

Castro-Plakat auf Kuba, Ernst, Lötzsch

HANNIBAL HANSCHKE / DPA

„Die Errungenschaften des sozialistischen Kuba mit seiner Beispielwirkung für so viele Völker der Welt werden immer und zuerst mit Deinem Namen verbunden sein.“ **(Geburtstagsgruß der Linken an Fidel Castro)**

VORRATSDATEN

Geschützte Kinderschänder

Für eine bittere Schlappe im Kampf gegen Kinderschänder macht der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Jörg Ziercke, die fehlenden Möglichkeiten zur Vorratsdatenspeicherung verantwortlich. Der Bundesregierung präsentierte Ziercke jüngst das Ergebnis einer Fahndung nach mutmaßlichen Mitgliedern eines internationalen Kinderpornorings, der Anfang August dieses Jahres in den USA aufgeflogen war. Demnach habe das FBI dem BKA die IP-Adressen von 15 aus Deutschland stammenden Verdächtigen mitgeteilt. Das BKA habe aber in keinem Fall ermitteln können, wer sich hinter den IP-Adressen verberge, da die Unternehmen, über die der Internetzugang erfolgte, ihre Nutzungsdaten bereits gelöscht hatten. Mit seinen Äußerungen erhöht Ziercke den Druck auf die FDP. Während die Union die Speicherung aller Internetverbindungsdaten für mindestens ein halbes Jahr fordert, lehnen die Liberalen dies ab. Sie plädieren stattdessen für das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren, bei dem die Daten nach einem Anfangsverdacht eingefroren werden können.